Änderungs	antrag	Datum:	02.03.2020		
Entscheiden Bürgerschaft	des Gremium:				
Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/UFR Beschluss über den Wirtschaftsplan 2020 des "Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock" einschließlich des Stellenplanes					
Beratungsfolg	e:				
Datum	Gramium		Zuständigkeit		

Datum	Gremium	Zuständigkeit
04.03.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die beiden Vorhaben Rathausanbau und Petritor werden vorläufig zurückgestellt. Der Bürgerschaft sind zunächst weitere Informationen vorzulegen:

- a) Aktueller Stand der Projekte
- b) Geplante Nutzung und Wirtschaftlichkeit der beiden Vorhaben
- c) Vorgesehener Energieeffizienz-Standard und geplante Art der Energieversorgung
- d) Auswirkungen des Rathausanbaus auf das unmittelbare und das gesamtstädtische soziale Umfeld

Auf Basis dieser Informationen ist der Bürgerschaft eine Beschlussvorlage zur Bestätigung der beiden Vorhaben vorzulegen. Erst nach dieser Bestätigung sind die Vorhaben weiter umzusetzen.

Sachverhalt:

Bei beiden Vorhaben haben sich erhebliche Veränderungen hinsichtlich der geplanten Nutzung sowie massive Kostensteigerungen ergeben. Daher sind diese beiden Projekte erneut auf den Prüfstand zu stellen.

Dabei ist auch zu prüfen, ob diese Vorhaben ergänzend zum Theaterbau, der BUGA und dem Archäologischen Landesmuseum in der Innenstadt realisiert werden sollen oder ob derartige Investitionen eher im Nordwesten, im Nordosten oder im Zuge einer Aufstockung des Hauses des Bauens und der Umwelt am Holbeinplatz erfolgen sollten. Aufgrund der Segregation in Rostock und der im Zentrum immer knapper werdenden Grünflächen muss eine Standortwahl sorgfältig geprüft werden.

Angesichts der Beschlüsse zum Klimawandel sind klare Aussagen zu Energieeffizienz und Energieversorgung erforderlich, z.B. zur Solarenergienutzung.

Uwe Flachsmeyer Fraktionsvors. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Daniel Peters Fraktionsvorsitzender CDU/UFR